

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf ist das zentrale Forum für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Mit dem früheren Oberbürgermeister von Sindelfingen, Joachim Rücker, steht erstmals ein Deutscher dem Gremium vor.

VON STEFFEN ROMETSCH

STUTTGART. Am Anfang der Bürgerkriege in Libyen und Syrien stand der Zerfall autoritärer Staaten. Zuvor waren die Bürger massiven Repressalien ausgesetzt. Ähnliches gilt für mehr als ein Dutzend weiterer fragiler Staaten vom Sudan, Südsudan, über den Kongo, die Elfenbeinküste bis hin zum jüngsten Krisenherd Burundi. Das Schema ist immer dasselbe: die Meinungsfreiheit wird unterdrückt, es gibt kaum Chancen auf politische Teilhabe, es gibt willkürliche Festnahmen, Folter oder Vergewaltigung.

Für die allermeisten der derzeit rund 60 Millionen Flüchtlinge weltweit sind das die Alarmsignale, ihre Heimat zu verlassen in der Hoffnung, sich irgendwo anders ein besseres, ein menschenwürdiges Leben aufbauen zu können. Viele nehmen dabei große Strapazen bis hin zu Lebensgefahr in Kauf, wie die vielen ertrinkenden Bootsflüchtlinge im Mittelmeer auf traurige Art beweisen.

Für Joachim Rücker gehören deshalb Menschenrechtsverletzungen zu den wichtigsten Frühindikatoren für herausziehende Krisen überhaupt. Als Vorsitzender des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UN) in Genf sagt der 64-Jährige dies Kraft Amtes, vor allem aber aus persönlicher Überzeugung, wie er beim Besuch unserer Redaktion eindrucksvoll deutlich macht. „Niemand, dessen elementare Menschenrechte gewahrt sind, würde sich auf so eine lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer begeben“, ist Rücker überzeugt. „Die Leute fliehen, weil ihre politischen und bürgerlichen Rechte verletzt sind, aber auch ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – sie sehen für sich keine Perspektiven mehr.“

„Es gibt Probleme bei der Interpretation der Menschenrechte“

Joachim Rücker
Präsident des UN-Menschenrechtsrats

Der Blick auf die Menschenrechte sei daher ein wichtiger Teil der Realpolitik: „Er ermöglicht es, die Ursachen künftiger Krisen zu erkennen, bevor es zur Katastrophe kommt“, betont der Diplomat, der im Dezember vergangenen Jahres von den 47 Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrats einstimmig zu dessen Präsidenten gewählt wurde. Erstmals steht damit ein Deutscher dem 2006 gegründeten UN-Gremium vor. So viel Einstimmigkeit ist dort nicht selbstverständlich. Durch intensive Kontakte gerade auch mit Kollegen aus Ländern der südlichen Welthalbkugel hat sich Rücker einen Vertrauensvorsprung erarbeitet. Zugute kommt ihm die breite Auslandserfahrung, die er in den vergangenen 46 Jahren nicht nur im diplomatischen Dienst gesammelt hat. Nach einem Austauschjahr in den USA 1968 macht der Kriegsdienstverweigerer Rücker seinen Zivildienst bei der Aktion Sühnezeichen in Israel, ehe er nach dem Studium ins Auswärtige Amt wechselt.

Als Vorsitzender des Menschenrechtsrats ist er vor allem als Vermittler gefragt. An Arbeit mangelt es nicht: die Konflikte in Syrien, im Irak, im Nahen und Mittleren Osten, in der Ukraine und in Afrika erfordern ebenso diplomatisches Geschick wie die staatliche Unterdrückung in China und Weißrussland und die wachsende Kluft zwischen islamischen Ländern und der westlichen Welt. Doch der dreifache Vater ist gerüstet: Als Sondergesandter des UN-Generalsekretärs und Leiter der Übergangsregierung im Kosovo demonstrierte er Durchsetzungskraft und, wenn nötig, auch Härte. Von diesen Erfah-



Streiter für die Menschen

Redaktionsbesuch Diplomat
Joachim Rücker über den Wert der UN



runge profitiert er jetzt. „Menschenrechtspolitik dient der Stabilität und den Interessen aller friedlichen, global vernetzten Staaten“, sagt Rücker. „Der Menschenrechtsrat ist als Forum hierfür unverzichtbar.“

Doch das Gremium ist zugleich eine Schlangengrube. Das würde Rücker so nie sagen. Für Kritik am eigenen Haus und an dessen Mitgliedern weicht er gerne in die Diplomatensprache aus, was sich dann so anhört: „Es gibt Probleme bei der Interpretation der Menschenrechte.“ Zwar steht in der Gründungsresolution des Rates, dass dessen Mitgliedsstaaten besonders hohen Menschenrechtsansprüchen genügen müssten. „Trotzdem ist diese freiwillige Selbstverpflichtung nicht in jedem Punkt überprüfbar“, räumt Rücker ein, „und trotzdem werden Menschenrechte von unterschiedlichen Staaten unterschiedlich interpretiert.“

Besonders anschaulich wird dies beim Recht auf Leben: Deutschland und viele andere Staaten schließen daraus, dass es keine Todesstrafe geben kann. „Wir haben aber Mitgliedsstaaten im Rat, die sagen, das folgt für uns nicht daraus“, sagt Rücker, „sie sind der Meinung, das verstößt nicht gegen das Recht auf Leben.“ Saudi-Arabien gar ist der Ansicht, „dass die auf der Scharia basieren-

de Rechtsprechung kompatibel ist mit der Universalität der Menschenrechte“. Bei extremer Auslegung des islamischen Rechts ist es danach rechtens Menschen auszupeitschen oder zu steinigen. „Ja, das ist ernüchternd“, gibt Rücker unumwunden zu.

Hat der UN-Menschenrechtsrat angesichts solcher Mitglieder nicht ein massives Glaubwürdigkeitsproblem, will die Runde wissen. „Die Vereinten Nationen sind das, was der Name sagt“, entgegnet Rücker, „es ist keine westliche Veranstaltung zur Durchsetzung der westlichen Interpretation der Menschenrechte, sondern ein Ausdruck der Vielfalt in der Welt.“ Das bringt verschiedene Interpretationen mit sich. „Über diese können und müssen wir streiten. Aber daraus sofort ein Glaubwürdigkeitsproblem abzuleiten, wird den Vereinten Nationen nicht gerecht“, verteidigt er die Institution gegen den Vorwurf, ihre eigenen Prinzipien offen über Bord zu werfen und konter mit der Gegenfrage: „Was ist denn die Alternative?“

So klar und ruhig er redet, so vehement streitet Rücker für die Idee der Vereinten Nationen und klopft mit der offenen Hand auf den Tisch. „Was ist die Alternative zu einem Sicherheitsrat, zu einer Generalversammlung, zu einem Menschenrechtsrat?“ Es sei

harte Arbeit in der UN zu verhandeln und es gebe eben viele Staaten, die völlig anderer Meinung als Deutschland seien. „Aber wir haben nichts Besseres als die UN und müssen weiter daran arbeiten, sie zu verbessern.“

Und wie steht es um die Menschenrechte in Deutschland? Rund 150 Empfehlungen habe der Rat bei der letzten Staatenprüfung im Jahr 2013 ausgesprochen. Kritik gab es etwa an latent rassistischen Tendenzen, an der Aufarbeitung des NSU-Skandals oder an der Sicherungsverwahrung.

Grundsätzlich aber stünden die Staaten der EU in Sachen Wahrung der Menschenrechte gut da. Ob dies auch für Ungarn gelte, kommt prompt als Nachfrage. „Ungarn ist Teil der EU“, sagt Rücker diplomatisch. Er fügt aber hinzu: „Wir haben Anlass zur Sorge, dass der Standard der Genfer Flüchtlingskonvention und europäische Standards, nicht überall eingehalten werden.“

Die Unterscheidung des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) in zwei Kategorien von Flüchtlingen kann Rücker nachvollziehen: „Ich halte es für legitim, diese Unterscheidung in Flüchtlinge aus dem Nahen Osten sowie aus dem Westbalkan zu machen, denn es sind unterschiedliche Ursachen für Migration“, sagt er. Welche Schluss-

Info

Joachim Rücker

- 1951 in Schwäbisch Hall geboren.
- 1973 bis 1979 Studium der Wirtschaftswissenschaften in Freiburg und Promotion.
- Von 1979 bis 1991 für das Auswärtige Amt in Bonn, Wien, Daressalam und Detroit.
- Von 1993 bis 2001 ist Rücker Oberbürgermeister der Stadt Sindelfingen.
- Von 2001 bis 2002 ist er für die Vereinten Nationen Botschafter in Bosnien und Herzegowina. Von 2006 bis 2008 Sondergesandter des UN-Generalsekretärs und Leiter der Übergangsregierung im Kosovo.
- Von 2008 bis 2011 deutscher Botschafter in Schweden. Von 2011 bis 2014 Chefspekter des Auswärtigen Amtes.
- Seit Juli 2014 ist er Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen in Genf.
- Am 1. Januar 2015 löst Rücker Baudelaire Ngong Ella aus Gabun an der Spitze des UN-Menschenrechtsrats ab. Die Amtszeit ist auf ein Jahr begrenzt.
- Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. (rom)

UN-Menschenrechtsrat

- Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sollte 2006 als tatkräftiger Nachfolger die vielkritisiertere UN-Menschenrechtskommission ablösen. Allerdings stand auch er von Anfang an in der Kritik, weil die Vollversammlung immer wieder auch Menschenrechtsverletzer als Mitglieder bestimmte. Derzeit sind so umstrittene Staaten wie China, Russland, Pakistan, Katar und Saudi-Arabien Mitglieder.
- Der Menschenrechtsrat soll die Situation in den 195 UN-Mitgliedstaaten überwachen und helfen, grundlegende politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu sichern. Dazu gehören das Recht auf Leben, persönliches Eigentum, politische Betätigung, Meinungs- und Glaubensfreiheit. Das Genfer Gremium umfasst 47 UN-Mitgliedsländer. (rom)

Den Präsidenten kommt die Galle hoch

Vor dem Flüchtlingsgipfel am Montag machen Kommunalvertreter der Landesregierung Dampf: „Es ist drei Minuten vor zwölf“

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Gegen Ende der Pressekonferenz muss Städtetagspräsidentin Barbara Bosch dann doch lachen. Die Dame mit dem strengen Kurzhaarschnitt, die Reutlingen als OB mit straffer Hand führt, ringt sichtlich um Worte, als ein Journalist sie mit der Aussage von Ministerpräsident Winfried Kretschmann konfrontiert.

Der hatte nämlich kürzlich seine Erwartungen an den Flüchtlingsgipfel am kommenden Montag so definiert, als gehe es allein um Atmosphärisches, um den Zusammenhalt der Akteure beim Flüchtlingsproblem: „Das ist kein operativer Gipfel“, hatte er gesagt. Also ohne konkrete Beschlüsse.

Ob der Regierungschef das wiederholen würde nach diesem Auftritt der kommunalen Vertreter, darf man allerdings bezweifeln. Denn als Bosch sich gefasst hat, sagt sie mit Leichenbittermiene: „Uns brennt der Kittel.“ Wer sich die Lage in den Gemeinden angesichts des Flüchtlingszustroms an-

schaue, der könne doch nur Konkretes beschließen: „Das scheint aber noch nicht überall angekommen.“

Selten zuvor sind die Kommunen so hart mit der Regierung ins Gericht gegangen wie an diesem Mittwoch. Den Anfang macht Joachim Walter, Chef des Landkreistags und Landrat von Tübingen, mit einer schonungslosen Analyse der Defizite. Die Leas, wie man die Erstaufnahmeeinrichtungen im Fachjargon nennt, hätten zu wenig Kapazität, beginnt er.

80 000 neue Flüchtlinge muss der Südwesten seiner Ansicht nach in diesem Jahr aufnehmen, doch in den Leas stünden nur 7514 Plätze zur Verfügung. Statt dessen verlagere das Land auch solche Menschen in die Gemeinden, die noch gar keinen Asylantrag gestellt hätten, moniert der CDU-Mann.

Es werde auch zu wenig abgeschoben, sagt er. Walter springt damit CDU-Landeschef Thomas Strobl bei, der seit Wochen gebetsmühlenartig fordert, weitere Balkanländer zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären.

Kretschmann hatte zuletzt unwirsch reagiert („Ich hab's gehört, ich bin ja nicht taub“), doch jetzt schlagen auch die Kommunen in diese Kerbe.

Dann sagt Walter Sätze wie: „Wir fühlen uns vom Ministerpräsidenten nicht ernst genommen.“ Oder: „Die Asylpolitik des Überhörens und Aussitzens muss ein Ende haben.“ Und schließlich: „Es ist eher drei vor zwölf als fünf vor zwölf.“

Dass dies keine parteipolitische Veranstaltung ist, zeigt sich an seiner Forderung, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen – so wie es auch Grüne und SPD verlangen. Damit wäre der Zustrom für Flüchtlinge berechenbarer als nur über das kleine Schlupfloch Asyl. Der Landkreistagschef fordert aber auch, die finanziellen Anreize für Flüchtlinge zu senken.

Nein, den kommunalen Vertretern geht es nicht um Parteipolitik – dafür ist die Lage bei ihnen viel zu unsicher, vielleicht sogar

explosiv. „Wir müssen alles tun, damit die Stimmung in der Bevölkerung nicht kippt“, warnt Roger Kehle, der Präsident des Gemeindetags. Und Bosch berichtet über zunehmende Proteste der Bevölkerung gegen Lärm, Müll und Belästigungen in der Nähe



„Wir müssen alles tun, damit die Stimmung in der Bevölkerung nicht kippt“

Roger Kehle
Präsident des Gemeindetags

von Flüchtlingsheimen: „Ich mache mir Sorgen um den gesellschaftlichen Frieden.“

Und wie sieht es mit den Maßnahmen zur Integration jener Menschen aus, die bleiben dürfen?, fragt sie rhetorisch. Die Flüchtlinge von heute seien ja die Mitbürger von morgen. Auch darauf gebe es noch keine Antwort. Man könne die Betreuung ja nicht nur Eh-

folgerungen daraus die deutsche Innenpolitik ableite, müssten jedoch Bund, Länder und Kommunen entscheiden.

Dass der Kosovo in Deutschland schon bald als sicheres Herkunftsland eingestuft wird, hält Rücker für sehr wahrscheinlich, nachdem Ministerpräsident Isa Mustafa dies erst jüngst bei seinem Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Ende Juni in Berlin noch einmal forderte. „Wenn der Ministerpräsident des Kosovo dies selbst anregt, kann ich mir schon vorstellen, dass man sich in diese Richtung entscheidet.“

In den verbleibenden fünf Monaten seiner Amtszeit will Rücker auch die Weichen dafür stellen, den Menschenrechtsrat effektiver zu machen. Denn im zehnten Jahr seines Bestehens kämpft der Rat mit der zunehmenden Masse an Themen und Texten. Die Zahl der Resolutionen und Erklärungen wächst ständig: Von 43 im Jahr 2006 auf 112 im vergangenen Jahr. Der Rat müsse sich stärker auf das Wesentliche konzentrieren und auf das, was der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan dem Gremium mit auf den Weg gegeben hat: Das Zeitalter der Menschenrechtserklärungen solle abgelöst werden von einem Zeitalter, in dem diese Rechte weltweit durchgesetzt werden.

renamtlichen überlassen, es seien vielmehr hauptamtliche Kräfte erforderlich. Dass dies eine Menge Geld kostete (Bosch: „1,5 Millionen Euro gehen schon jetzt komplett zu Lasten meiner Stadt“), kommt bei diesem Scherbengericht nur am Rande zu Sprache. In einem Forderungskatalog ist aber alles schriftlich aufgelistet.

Bisweilen kommt den Kommunalvertretern auch die Galle hoch. Wenn es denn möglich sei, mir nichts, dir nichts 100 Steuerbeamte nach Griechenland abzuordnen, spricht Kehle den jüngsten Vorschlag von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel an, dann könne man die Kräfte doch auch direkt zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schicken: So ließen sich die Asylverfahren beschleunigen.

Auch eigene Vorschläge hat die Präsidentenrunde mitgebracht: So regt sie eine Task-Force aus Landes- und Kommunalvertretern an zur schnellen Problemlösung an. Kehle: „Derzeit sind neun Ministerien mit diesen Fragen betraut.“

Diplomatie der kleinen Schritte

Porträt Joachim Rucker, einst Bürgermeister von Sindelfingen, streitet sich heute mit Nationen wie Nordkorea oder dem Südsudan herum. Der gebürtige Schwabe lenkt mit Disziplin und Beharrlichkeit die Geschicke des UN-Menschenrechtsrates. *Von Christian Gottschalk*

Eine Minute und fünf Sekunden sind nicht gerade üppig, um den USA endlich einmal die Meinung zu sagen. Mehr Zeit gibt es nicht für die Vertreter von 193 UN-Mitgliedsländern, um dem Präsidenten des Menschenrechtsrates zu danken, das Wort zu bekommen, um der US-Delegation für den Bericht über die Lage im Land zu danken – und um dann die Empfehlungen auszusprechen, wie Washington künftig mit Menschenrechten umzugehen habe. Pakistan und der Sudan zeigen sich „tief besorgt“ über den Rassismus in den USA, der Iran mahnt die Schließung von Guantánamo an, China und Russland reichen die 65 Sekunden hinten und vorne nicht, um ihr Statement zu verlesen. Doch ganz egal, ob das große China oder das kleine Litauen die vorgegebenen 65 Sekunden überschreitet, der Vorsitzende ist gnadenlos. „I am sorry“, sagt Joachim Rucker, schaltet das Mikrophon ab und erteilt dem nächsten Delegierten das Wort.

Rucker, der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, hat seit Jahresbeginn den Vorsitz des Menschenrechtsrates inne. Zum ersten Mal in der Geschichte des Rates bekleidet ein Deutscher diese Position. Vor ihm hat auch der Vertreter Ägyptens keine Chance. Der hatte – taktisch geschickt – erklärt, nun neun Punkte aufzuzählen, bei denen sich die USA verbessern müssten. Bei Punkt fünf wechselt die Farbe der rückwärts laufenden digitalen Stoppuhr im Saal von Grün auf Rot, bei Punkt acht zeigt sie null Sekunden an. „Danke“, sagt Joachim Rucker.

„Universelle periodische Staatenüberprüfung“ nennt sich das Verfahren, bei dem alle vier Jahre die Lage der Menschenrechte jedes UN-Mitgliedstaates überprüft wird. Bei den USA ist das Interesse groß: Jedes Land hat Rederecht beantragt. Am Nachmittag, wenn die Marschall-Inseln unter die Lupe genommen werden, sinkt die Beteiligung rapide. Im April 2013 hatte sich auch Deutschland dem Menschenrechte-Tiv unterzogen. 200 Empfehlungen hatte es erhalten und 168 davon angenommen. „Wenn es um Menschenrechte geht, tut niemand gut daran, auf dem hohen Ross zu sitzen“, sagt Rucker später im Büro.

Von dort sieht der deutsche UN-Botschafter beim Blick aus dem Fenster nicht das imposante Alpenmassiv hinter dem Genfer See, sondern den Parkplatz des Gebäudes, das aussieht wie ein in den 70er Jahren im Ostblock erbautes internationales Hotel. Man hat nicht den Eindruck, dass Rucker das stört. Der Inhalt zählt mehr als die Verpackung, und wenn der ehemalige Oberbürgermeister von Sindelfingen über die Arbeit des Menschenrechtsrates erzählt, macht er das mit Begeisterung.

Der Rat ist die zentrale Institution der Vereinten Nationen für Menschenrechtsfragen. Er wurde 2006 auf Initiative des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan



Auf einer Pressekonferenz in Genf stellt sich Joachim Rucker den Fragen der Journalisten.

Foto: dpa

gegründet und ersetzte die Menschenrechtskommission, die am Ende ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen war. Anders als der Sicherheitsrat in New York hat der Menschenrechtsrat keine Sanktionsmöglichkeiten. Eingerahmt zwischen den Fahnen Deutschlands und der Vereinten Nationen, beschreibt Rucker die Möglichkeiten der Institution. Staaten könnten überprüft werden, es gebe Sonderberichterstatter und Untersuchungskommissionen. „Das sind ganz neue Möglichkeiten des Monitorings“, sagt er.

Es sind keine Maßnahmen, die schlagzeilenträchtige Erfolge hervorbringen. „Aber manchmal höhlt steter Tropfen den Stein“, sagt Rucker und verweist auf den Außenminister Nordkoreas, der nach einem katastrophalen Bericht über sein Land in den Rat gekommen war, um die Situation zu erklären. Rucker lässt keinen Zweifel daran, dass er diesen Versuch für misslungen hält. Einerseits könnte es ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein, wenn es selbst die Nordkoreaner schert, was die Welt über sie denkt.

Mit kleinen Schritten kennt sich Joachim Rucker aus. „Zero Emission“ steht an der Tür seines Dienstwagens, einem BMW I3. Privat hat sich der deutsche Botschafter einen Tesla gekauft. Der Weg zwischen Genf und Stuttgart ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht vernünftig zu bewältigen.

Die Fahrt in die Heimat, wo Ehefrau Ines Kirschner am Killesberg eine Kinderarztpraxis betreibt, will Rucker wenigstens ohne Ausstoß von Klimakillern hinter sich bringen. Fahrtzeit: fünfeinhalb Stunden – einmal Batterie aufladen auf halbem Weg inklusive. Die Erderwärmung wird so nicht final gestoppt. Aber besser als nichts.

Dass Joachim Rucker für ein Jahr die Geschicke des Menschenrechtsrates lenkt, hat er ein Stück weit seinem Vorgänger zu verdanken. Heinrich Schumacher hatte die Drähte gelegt, dass Deutschland den alternierenden Vorsitz des Rates übernimmt, dem, ebenfalls im Wechsel, 47 Länder angehören. Gleichwohl musste Rucker erst einmal auf Werbetour gehen, als er im Juli 2014 seine Botschafteraufgabe in Genf übernahm. Inzwischen hat er sich nicht nur durch sein konsequentes Auftreten für „Zero Emission“ einen Namen gemacht. John Fisher beispielsweise, der in Genf die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch vor dem Menschenrechtsrat vertritt und dessen Arbeit seit seiner Gründung verfolgt, ist vom aktuellen Vorsitzenden sehr angetan: „Gut, stark und klar“ lautet das Urteil des Neuseeländers über Joachim Rucker.

Kleine Schritte zeitigen bisweilen achtbare Erfolge, doch die zu benennen, damit hat der deutsche UN-Botschafter so seine Probleme. Er wolle keine Namen nennen, sagt Rucker, weder von Staaten, die Probleme bereiten, noch von denen, in denen es vorangeht in Sachen Menschenrechte. Dip-

lomatische Zurückhaltung nennt man das. Ein positives Beispiel zu nennen bedeutet schließlich fast zwangswise auch, ein anderes zu unterschlagen. Ein wenig lässt sich der Diplomat dann doch entlocken: Der Südsudan habe die Kinderrechtskonvention unterzeichnet, Sri Lanka eine umfassende Aufklärung der Verbrechen im jüngsten Bürgerkrieg zugesagt, und Surinam habe im März ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe auf den Weg gebracht. Und alleine im März habe der Rat mehr als 30 Resolutionen verabschiedet, überwiegend im Konsens. „So viel Konsens wie möglich, so viel Kontroverse wie nötig“, lautet Rückers Strategie. Dass es ganz ohne Streitereien nicht geht, ist ihm klar. „Menschenrechte sind per se immer politisch.“

Vor zwei Jahren stand Rucker auf den Marktplätzen von Hildrizhausen und Herrenberg, um sich für die SPD im Kreis Böblingen als Bundestagskandidat zu bewerben. Damals ging es um Fragen der Rentenpolitik, um Mindestlohn und Energiewende. Das mit dem Direktmandat hat nicht geklappt. Nun geht es um Kämpfe in Darfur, um Massenvertreibung und Folter.

Im Nebenzimmer des Präsidentenbüros warten zwei Herren, die demnächst als Sonderberichterstatter in den Sudan aufbrechen werden. Rucker versichert ihnen, dass sie „eine unserer wichtigsten Missionen bekleiden“, und versichert „jede Unterstützung, die Sie von uns bekommen können“. Das alles ganz ohne Zeitlimit: „Sie können sich jederzeit bei mir melden.“

ger Steuern zahlen müssten. Das werde sie ändern, verspricht Clinton.

Wie sie das anstellen will, sollte sie 2016 tatsächlich ins Weiße Haus in Washington gewählt werden, lässt die Kandidatin offen. Auch die Außenpolitik streift Clinton nur. Das ist, gemessen an der frühen Phase des Wahlkampfes, nicht ungewöhnlich. Clintons Worte klingen, als wären sie einem sozialdemokratischen Lehrbuch aus Europa entnommen, aber sie verspricht nichts, was sie im Laufe der kommenden anderthalb Jahre nicht wieder revidieren könnte.

Ob sie das tun wird, hängt davon ab, welcher Bewerber sich als republikanischer Präsidentschaftskandidat durchsetzen wird. Favorit ist derzeit Jeb Bush. Der Bruder des früheren Präsidenten George W. Bush wird am Montag in Miami seine

Bewerbung offiziell erklären. Wird der Kampf um die Nachfolge des ersten schwarzen Präsidenten in der Geschichte der USA ein Kampf zwischen Bush und Clinton, dann wird das auch eine Auseinandersetzung zweier politischer Dynastien – mit Vorteilen für Clinton. An die Präsidentschaft ihres Mannes dürften sich die meisten Amerikaner heute – vereinfacht gesagt – lieber erinnern als an die Amtszeit von George W. Bush.

Hillary Clinton weiß das. Bemerkenswert ist, wie sie an diesem Tag in New York ihre persönlichen Lebenserfahrungen benutzt, um ein emotionales Fundament ihres Wahlkampfes zu gießen. Mehrfach erwähnt sie ihre inzwischen verstorbene Mutter Dorothy Rodham, die trotz widriger Bedingungen niemals den Glauben an sich und ihr Vertrauen in Amerika verloren habe. Auch die inszenierte Foto-Gelegenheit mit Kandidatin, Ehemann Bill Clinton und Tochter Chelsea am Ende der Rede belegt: Hillary Clinton will ihr Image verändern. Bisher galt sie als kühl kalkulierende Machtpolitikerin, die Millionen mit Reden und Büchern verdient. Künftig soll an diese Stelle das Bild einer Fürsprecherin der Frauen, Familien, Homosexuellen, Veteranen und Einwanderer treten – eine Art Mutter der Nation im blauen Hosenanzug.

Jubel bricht in der Menge aus, als sie sagt: „Ich mag nicht die jüngste Kandidatin sein, aber ich werde die jüngste Präsidentin in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein.“ Überdies müsse sich niemand Sorgen machen, dass sie wegen der harten Arbeit im Weißen Haus weiße Haare bekommen werde: „Ich färbe sie schon seit Jahren.“ Diese Art von Humor kommt an.



Hillary Clinton bedankt sich nach ihrer Rede bei den jubelnden New Yorkern.

Foto: Getty

Soziale Abschottung

Wahlkampf FDP und CDU preisen das gegliederte Schulwesen. Die Gründe dafür sind nicht uneigennützig. *Von Reiner Ruf*

Die Bildungspolitik also. Die FDP will vor der Landtagswahl eine Kampagne „Hände weg vom Gymnasium“ auflegen. Hans-Ulrich Rülke, am Wochenende zum Spitzenkandidaten gekürt, hat das so angekündigt. Werde Grün-Rot im März 2016 nicht abgewählt, dann komme die Einheitsschule und das Gymnasium sei tot, mahnt er.

Sieht man davon ab, dass mit Ausnahme einiger verwirrter junger Grüner niemand den Abschied vom Gymnasium verlangt, sticht bei den Attacken gegen die „grün-rote Kulturrevolution“ doch eines ins Auge: auf Landesparteitagen der bürgerlichen Parteien FDP und CDU gab es zuletzt bei kaum einem Thema solche Jubelstürme wie anlässlich der Verteidigung von Haupt- und Realschule. Unbestreitbar bildet eine gut ausgebildete Facharbeiterschaft das Rückgrat der deutschen Industrie. Merkwürdig ist nur, dass auf den Parteitagen vor allem Akademiker zu finden sind. Diese Akademiker tun in ihrem privaten Umfeld alles dafür, dass ihre Kinder und Enkel mindestens das Abitur, besser einen Hochschulabschluss und gern auch eine Doktorarbeit erlangen. Facharbeiter – das ist immer etwas für die anderen. So stellt sich die Frage, ob hinter der Begeisterung für den bildungspolitischen Status quo nicht eine soziale Abschottungssehnsucht steckt. Darüber lohnte es sich einmal nachzudenken.

Daneben

Politikverdross Die Ideen für eine bessere Wahlbeteiligung beheben das Kernproblem nicht. *Von Bernhard Walker*

Eine lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen. Deshalb ist es richtig, dass die Generalsekretäre und Geschäftsführer der Parteien überlegen, wie sich die sinkende Wahlbeteiligung stoppen lässt. Was sie bislang an Vorschlägen erwägen, geht aber haarscharf am Problem vorbei. Die Politiker wollen, salopp gesagt, den Service verbessern. Nur ist der heute schon prima: Die Bürger bekommen eine Wahlbenachrichtigung nach Hause und können vielerorts Wochen vor der Wahl im Rathaus ihre Stimme abgeben oder Briefwahl machen oder am Wahltag ins Wahllokal gehen. Nichtwähler enthalten sich nicht deshalb der Stimme, weil Wählen un bequem wäre – sondern weil sie nicht wählen wollen.

Natürlich ist nicht jeder Nichtwähler ein frustrierter Wutbürger. Dass aber bei den beiden jüngsten Bundestagswahlen fast 30 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause geblieben sind, kann man nur als Krisenzeichen werten – als Zeichen dafür, wie tief der Graben zwischen Bürgern und Parteien inzwischen ist. Vor 30, 40 Jahren, sagt SPD-Chef Gabriel zu Recht, seien alle Parteien enger mit dem Alltagsleben verbunden gewesen als heute. Wie die Distanz überwunden werden kann, sollte der Bundestag in einer Enquetekommission ergründen. Sonst kommen womöglich nur Service-Mätzchen wie die Öffnung der Wahllokale bis 20 Uhr heraus.

Unten rechts

Alles Aberglaube?

Sich splinternackt zu produzieren kann eine Katastrophe sein oder eine Auslösung. Diese Erfahrung mussten dieser Tage kanadische Bergsteiger machen, die nach der Besteigung des Kinabalu auf Borneo auf dem höchsten Berg Malaysias Nackttänze aufführten. Kurz darauf ereignete sich in der Nähe ein Erdbeben, das 18 Bergsteiger in den Tod riss. Die Einheimischen wundern sich darüber nicht. Ihnen ist der Berg heilig, denn er dient den Geistern der Toten als Ruhestätte. Ein ranghoher Politiker beschuldigt die Ausländer, mit ihrer Respektlosigkeit die Katastrophe verursacht zu haben. Man habe den Geist des Berges erzürnt, der sich nun gerächt habe.

Wir vernunftgläubigen Europäer halten das für Aberglauben, lesen aber selbst Horoskope, die nichts anderes sind als eine Form des Aberglaubens, die sich ammaßt, dem Schicksal in die Karten zu schauen. Oder nehmen wir den Professor, der Vorträge gegen den Aberglauben hält, danach aber ein Mittel gegen Haarausfall kauft. Erich Kästner beschreibt in einem Gedicht eine ausgelassene Silvestergesellschaft, die aus ihrem Berghotel hinausströmt in die erhabene Winternacht und sie stört: „Aber das Gebirge wollte seine Ruh“, und mit einer mittleren Lawine deckte es die blöde Bande zu.“ *Werner Birkenmaier*

Wider die Superreichen

Wahlkampf Bei ihrem ersten großen Auftritt in New York präsentiert sich Hillary Clinton als Anwältin der Mittelschicht. *Von Damir Fras*

Jetzt geht es los: Hillary Rodham Clinton steht an der Startlinie zum zweiten langen Marsch ihres Lebens als Politikerin. Die 67 Jahre alte Ex-Außenministerin der USA, Ehefrau des Ex-Präsidenten Bill Clinton und Ex-Präsidentschaftskandidatin 2008 spricht erstmals zu Tausenden von Anhängern. Sie verspricht, für Amerikas Mittelschicht zu kämpfen, sollte sie im November kommenden Jahres zur Nachfolgerin von Präsident Barack Obama gewählt werden. Der Auftritt auf einer Insel im New Yorker East River ist sorgfältig inszeniert. Die Zuhörer sollen mit der Gewissheit nach Hause gehen, dass Clinton sich um sie kümmern wird.

Schon vor zwei Monaten war Clinton offiziell in den Wahlkampf eingetreten. Vor einer Menschenmenge wie am Samstag hat sie aber noch nicht gesprochen. In ihren Aussagen bleibt die Kandidatin noch vage, aber es zeichnet sich ab, dass sie andere Themen in den Vordergrund stellen wird als im Jahr 2008. Damals versuchte sich Clinton als kraftvolle Oberkommandierende einer Supermacht zu stilisieren. Das Projekt scheiterte schon in den Vorwahlen der Demokraten am Charme und der Eloquenz eines Barack Obama.

Dieses Mal geht Clinton den populistischen Weg. Sie verspricht, der US-Mittelschicht wieder auf die Beine zu helfen, die noch immer an den Folgen der Finanzkrise von 2008 leidet. Die Schuldigen an dieser Misere hat Clinton auch schon ausge-

macht. Es seien die Republikaner, die immer noch glaubten, wenn Reiche begünstigt würden, fielen auch ein paar Krumen für die weniger reichen Leute ab. „Wohlstand ist nicht nur etwas für Vorstandsvorsitzende“, ruft Clinton der Menge zu, die ihr Hunderte von US-Fähnchen entgegenwedelt. „Ich trete an, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft für alle Amerikaner funktioniert.“ Es könne nicht angehen, dass die Manager der 25 wichtigsten Hedgefonds in den USA so viel verdienen wie alle Kindergarten-Erzieherinnen in Amerika zusammen und dazu noch weni-